

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 9

Artikel: Europa und der deutsche Faschismus
Autor: Schmid, Arthur
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332118>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europa und der deutsche Faschismus

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

Seit am 30. Januar 1933 Adolf Hitler in Deutschland zur Macht gelangte und in der Folge alle demokratischen Errungenschaften eines Jahrhunderts auslöschte, die Arbeiterbewegung zerschlug, die absolute Diktatur errichtete, dem Monopolkapitalismus und der Reichswehr sich teilweise unterwarf, ist das Problem des deutschen Faschismus zu einem *europäischen Problem* geworden.

So widerspruchsvoll die Außenpolitik Hitler-Deutschlands vielen erscheint, so kann das zielbewußte Handeln Hitlers in der Außenpolitik nicht geleugnet werden. Das Ziel dieser Politik ist die *Steigerung der Macht des Dritten Reiches*, die Durchsetzung bestimmter Ansprüche und letzten Endes die Begründung der Vorherrschaft des deutschen Faschismus in Europa.

Man mag die Taktik Hitlers als zwiespältig erklären — sie dient doch immer diesem *einen* Ziel, der Steigerung der Macht. Dieses Ziel ist realistisch. Der Erfolg Hitlers in der deutschen Innenpolitik kann nicht geleugnet werden.

Die *Methoden*, die Hitler innerpolitisch anwandte, werden von ihm auch außenpolitisch weiter betrieben. Im Kampfe um die *Eroberung der Macht in Deutschland* wurde der Terror mit dem ständigen Wehklagen über die Verfolgung der Nationalsozialisten vereinigt.

Genau dasselbe konstatieren wir außenpolitisch. Deutschland ändert *einseitig* bestehende Verträge und lehnt eingegangene Verpflichtungen ab. Es verbietet ausländische Zeitungen, setzt schwere Strafen auf deren Verbreitung und verlangt, daß die faschistische deutsche Literatur im Auslande ungehindert verbreitet werde. Das faschistische Deutschland erklärt den ausländischen Gläubigern, die ihm Milliarden Mark zur Verfügung stellten, daß es die Zinsen nicht mehr zahlen werde und daß es sehr wahrscheinlich die Guthaben nicht mehr zurückzahlen könne. Es verlangt aber, daß die ausländischen Staaten ihm gegenüber alle wirtschaftlichen Verpflichtungen erfüllen. Deutschland fördert eifrig die Luftrüstung. Es setzt sich selbstherrlich über alle Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages hinweg. Als diese Tatsachen im englischen Weißbuch in schonendster Form erwähnt wurden, lehnte Hitler den Besuch des englischen Außenministers ab, weil Deutschland beleidigt worden sei. Deutschland benutzte die so geschaffene politische Situation, um die allgemeine Wehrpflicht einzuführen und damit vor aller Welt zu dokumentieren, daß es weit mehr rüstet, als im englischen Weißbuch zu lesen stand.

Deutschland gibt sich als das verfolgte Land, dem fortwährend Unrecht geschieht, aus. Hitler aber erlaubt sich andern Völkern und dem eigenen Volk gegenüber jede Willkür. Er kritisiert nicht nur die ausländische Politik, sondern er versucht überall, deutsch-faschistische Gruppen zu bilden und auf diese Weise den Machteinfluß des Hitler-Faschismus zu mehren.

Die Außenpolitik Hitlers war bis heute ziemlich erfolgreich. Sie war es dank der Tatsache, daß die ausländischen Staaten in der Politik Deutschland gegenüber *keine Einheit* bilden, daß einzelne ausländische Staaten von Deutschland das hinnehmen, was sie sich von keinem andern Staate gefallen lassen würden, mit einem Wort, daß sie die faschistische deutsche Politik mit all ihren unerhörten Erscheinungen *tolerieren*.

Ich schrieb im Aprilheft 1933 dieser Zeitschrift unter anderem das Folgende:

Der deutsche Faschismus bedeutet eine *schwere Kriegsdrohung für Westeuropa*. Die Ansprüche der deutschen Nationalisten auf Danzig, den Korridor, Schlesien, deutschtschechische Gebiete, Elsaß-Lothringen, Deutschösterreich, eventuell auf die deutschen Kolonien, eventuell auch auf die deutsche Schweiz, sind nicht geeignet, Beruhigung in Europa zu schaffen. Der Ring der faschistischen Diktaturen wird durch eine Vernichtung der österreichischen Demokratie mitten durch Europa gehen. Wir werden dannzumal ein faschistisches Mitteleuropa haben, das aus Italien, Horthy-Ungarn, Oesterreich und Hitler-Deutschland bestehen wird.

Noch ist es nicht so weit. Noch bestehen Möglichkeiten, daß die Weststaaten die Zertrümmerung Oesterreichs nicht ohne weiteres zulassen. Frankreich hat ein großes Interesse an der Erhaltung Oesterreichs. Aber die Außenpolitik des deutschen Faschismus wird nicht nur sehr nationalistisch, sondern auch sehr aggressiv sein. Man wird die Aufrüstung für Deutschland fordern und auf alle Fälle wird man die Aufrüstung praktisch vorbereiten und durchführen. Man wird versuchen, daß Frankreich und England und die übrigen Siegerstaaten diese Aufrüstung tolerieren und auch gewisse nationalistische Uebergriffe des faschistischen Deutschland milde beurteilen. Damit geht es Frankreich, Belgien, England und andern Ländern ganz ähnlich wie der deutschen Sozialdemokratie: durch ihre Tolerierungspolitik wird ihre Stellung in einer zukünftigen Auseinandersetzung mit den faschistischen Staaten eine schlechtere.

Die *Tolerierungspolitik*, die wir in diesem Abschnitt gekennzeichnet haben, ist in unendlich vielen Beispielen der letzten zwei Jahre dokumentiert worden. Wir erinnern in diesem Zusammenhange nur an die Saarfrage und den Hitler-Putsch in Oesterreich im Juli 1934. Die Tolerierungspolitik hat in den letzten Wochen dazu geführt, daß Deutschland sich nun *so stark* fühlt, daß es vor der Weltöffentlichkeit *seine Rüstungen nicht mehr zu leugnen braucht* und auch ruhig wagt, den Versailler Vertrag einseitig aufzuheben.

II.

In dieser Situation müssen wir nach den *Ursachen der Tolerierungspolitik Deutschland gegenüber* fragen.

Sie sind verschiedenartig. Die Hoffnung, daß durch möglichst weitgehendes Entgegenkommen Deutschland gegenüber die deutsche Politik besänftigt werde, erfüllte selbst nach dem Sieg Hitlers in Deutschland noch viele Menschen. Sie erblickten in der Hitler-Bewegung eine natürliche Reaktion gegenüber dem Versailler Friedensvertrag. Sie verkannten vollständig den *gewalttätigen und eroberungssüchtigen*

Charakter des deutschen Faschismus. Die barbarischen und kulturwidrigen Methoden, mit denen Deutschland seine »inneren Feinde« behandelte, machte auf diese Menschen keinen Eindruck. Die Verbrechen, die tagtäglich begangen wurden, waren für sie eine »interne deutsche« Angelegenheit. Sie erkannten nicht, daß einem gewalttätigen und verbrecherisch veranlagten Menschen gegenüber nur die Gewalt einen entscheidenden Einfluß auszuüben vermag. Sie verkannten, daß das gleiche auch einem gewalttätigen Staate gegenüber in der heutigen Situation gilt und daß die schönsten Friedensreden und die aus tiefstem Herzen kommenden pazifistischen Glaubensbekenntnisse von den faschistischen Machthabern nur als *Schwäche* ausgelegt und als eine Chance mehr für den Erfolg ihrer gewalttätigen Politik gewertet werden.

Hitler-Deutschland hat die Diktatur eines sogenannten totalen Staates. Ein *Einziger* befiehlt und herrscht. Auch wenn das intern nicht restlos gilt, wenn auch noch gewisse Widerstände da sind, so kommt in der Außenpolitik diese *absolute Diktatur vorteilhaft zur Auswirkung*. Die Geschlossenheit nach außen ist dadurch garantiert. Die Einheitlichkeit des Handelns steht fest.

Anders in den *demokratischen Staaten*, die Deutschland gegenüberstehen. Die Außenpolitik wird in den Parlamenten diskutiert und von den Oppositionsparteien kritisiert. Das kann in dem Momente verhängnisvoll sein, wo die Opposition ungewollt und nur aus innerpolitischer Gegnerschaft heraus eine Kritik übt, die *materiell Hitler nützt*. Es wird kein Mensch behaupten können, daß bei der Kritik des englischen Weißbuches durch die englische Labourpartei nicht die Geschäfte Hitlers besorgt wurden. So sehr wir die demokratische Struktur Englands und anderer europäischer Staaten gegenüber dem Hitler-Faschismus vorziehen, so sehr wir die Demokratie in jeder Situation fordern, so wenig dürfen wir über diesen Nachteil der Demokratie hinwegsehen. Der Nachteil kann, wie wir später zeigen werden, nur behoben werden durch eine klare *außenpolitische Stellungnahme der sozialdemokratischen Parteien Hitler-Deutschland gegenüber*.

Führt schon die falsche Einstellung zu Hitler-Deutschland, die Zurückhaltung in der Kritik der innerdeutschen barbarischen Zustände und die demokratischen Diskussionen der Außenpolitik in den Weststaaten zu einem Nachteil dieser Staaten Deutschland gegenüber, so kommt dazu noch die weitere Tatsache, daß zwar diese Staaten unter der deutschen Außenpolitik leiden, aber daß sie *der deutschen faschistischen Politik gegenüber keine Einheit* bilden. Jedes Land handelt auf eigene Faust, versucht seine eigenen Vorteile zu wahren, genau so, wie in Deutschland jede Partei dem Hitler-Faschismus gegenüber ihre eigenen Vorteile suchte. Die Parteien bekämpften sich untereinander und ermöglichten damit den Aufstieg Hitlers. Sie glaubten nicht, daß Hitler einmal alle diese Parteien zusammenschlagen würde, und deshalb konnten sie es sich leisten, sich gegenseitig zu bekämpfen, ohne vorerst den gemeinsamen Feind, den deutschen Faschismus, zu schlagen. Der Platz mangelt uns, um die ganze Tragik dieser Parteipolitik

darzulegen. Ich konstatiere einfach, daß die Parteien im entscheidenden Moment genau so wie die Gewerkschaften und die Kulturbewegungen des Proletariats zerschlagen wurden, weil sie die Gefahr des deutschen Faschismus nicht erkannten und dementsprechend auch nicht alle Kräfte für die Ueberwindung dieser Gefahr einsetzten.

So ist es auch heute. Die einzelnen Staaten erkennen nicht, daß Hitler-Deutschland die *größte Kriegsgefahr für Europa* und damit unter Umständen für das eigene Land ist. Sie leben in den bisherigen Gewohnheiten dahin und lassen die deutsche Gefahr so lange anwachsen, bis sie eines Tages zum Kriege und damit zum Untergang Europas führt.

Einzelne Staaten allerdings haben diese Gefahr erkannt. So das faschistische Italien. Aber Mussolini ist kein zuverlässiger Partner, weil er für das faschistische Italien eine Sonderpolitik verfolgt.

Barthou hatte die von Hitler-Deutschland ausgehende Gefahr klar erkannt, und in Sowjetrußland scheint man sich dieser Gefahr immer mehr bewußt zu werden. Durch die Ermordung Barthous ist die Bündnispolitik zur Sicherung des Friedens unterbrochen worden. Laval hat dessen Politik leider nicht konsequent weitergeführt. Die deutsche Erklärung vom 16. März dieses Jahres, die die allgemeine Wehrpflicht einführt, scheint einen Teil der Staatsmänner Frankreichs und anderer Staaten geweckt zu haben. Ob aber der Bündnisvertrag zwischen Sowjetrußland und Frankreich, eventuell der Kleinen Entente und Italien, zustande kommt, ob sich England und andere Staaten Europas dieser Politik anschließen werden, steht zur Zeit nicht fest. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß man die Politik Hitler-Deutschlands weiter toleriert und daß damit die Kriegsgefahr weiter wächst.

Durch die Zerschlagung der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei in Deutschland, durch die Zertrümmerung der freien Gewerkschaften, durch die Festigung des deutschen Monopolkapitalismus haben Hitler und der deutsche Faschismus bei den Kapitalisten einzelner Länder Europas Sympathien erworben. Man billigt Hitler zu, daß er Europa vor dem Kommunismus gerettet hätte (trotzdem daran kein wahres Wort ist). Man übersieht den Reichstagsbrand, die Mordnacht vom 30. Juni 1934, und man hofft immer noch auf eine Unterstützung Hitlers gegen die Arbeiterschaft im eigenen Lande. Der Haß einzelner Kapitalisten gegen die aufstrebende Arbeiterklasse trägt zur Förderung der Machtpolitik Hitlers wesentlich bei.

Die Sozialdemokratie und die fortschrittlich gesinnte Arbeiterklasse sieht den reaktionären Kurs der kapitalistischen Machthaber im eigenen Lande, erkennt die Gefahr, die ihr von dieser Seite droht und ist geneigt, in diesem Momente die Gefahr, die von Hitler-Deutschland droht, zu unterschätzen oder womöglich nicht zu sehen. Diese Politik nützt Hitler.

Hitler zieht aus den gegenseitigen Kämpfen der Arbeiterklasse und der Kapitalisten anderer Länder Vorteile. Er ist jederzeit geneigt, beide zu unterstützen, um so die Zerklüftung des Auslandes zu fördern und *seinen zukünftigen Sieg über Europa vorzubereiten.* Nicht um-

sonst sind in allen Ländern Hitler-Organisationen geschaffen worden. Nicht umsonst legt Deutschland auf seine Auslandspropaganda ein so gewaltiges Gewicht. Diese Propaganda macht an den Grenzen Europas nicht halt. Sie wird auch in Amerika, Afrika und Asien geführt.

III.

Was würde der Sieg Hitler-Deutschlands für die europäische Kultur und für die europäische Arbeiterschaft bedeuten?

Diese Frage kann jeder beantworten, der die deutschen Verhältnisse seit 1933 studiert hat. Wir können uns deshalb außerordentlich kurz fassen.

Der Sieg Hitlers über Europa bedeutet die Zerstörung, womöglich Ausrottung der sozialistischen Arbeiterbewegung, die Zerschlagung der Gewerkschaften und damit die Vernichtung der sozialen und gewerkschaftlichen Errungenschaften, die Zerstörung der Kulturorganisationen, die Vernichtung aller Freiheitsrechte, die Unterwerfung des einzelnen unter eine barbarische Diktatur. Der Sieg Hitlers würde in Europa nicht ohne schwere Kämpfe und kriegerische Auseinandersetzungen möglich sein. Der Sieg Hitlers würde den Untergang Sowjetrußlands bedeuten.

Das alles muß man sich vor Augen halten, wenn man die Politik der nächsten Jahre würdigen will und wenn man über die *Haltung der Sozialdemokratie* in den noch nicht faschistischen Ländern schreibt.

Bis jetzt ist die Reaktion auf Hitlers Agitation im Ausland außerordentlich schwach gewesen. Nicht einmal Sowjetrußland wagte es, die Zustände in Deutschland beim Völkerbund zur Sprache zu bringen. Keines der andern Länder hat etwas in dieser Richtung getan. Die Beschwerden wegen Danzig sind vom Völkerbund als eine Bagatellsache behandelt worden. England hat das Saargebiet geopfert und Frankreich wollte diese Politik nicht stören. Als Hitler-Deutschland am 25. Juli 1934 den Aufstand in Oesterreich versuchte, wurde eine sofortige und rasche Aktion der Weststaaten nicht durchgeführt. Einzig Mussolini mobilisierte Truppen, weil er als Diktator Italiens ein Interesse an der Erhaltung des faschistischen Oesterreichs hat.

Deutschland hat aus allen seinen Handlungen, in denen es entweder das Ausland vor den Kopf stieß oder im Inlande in einer kulturwidrigen Weise wütete, Vorteile für seine Machtposition nach außen gezogen.

Weil die übrigen Staaten Europas es in keinem Momente fertig brachten, gegenüber Deutschland entscheidende Maßnahmen zu ergreifen, beispielsweise die wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland zu unterbrechen, hat Deutschland daraus mit Recht geschlossen, daß es sich *immer weitergehende Brückierungen des Auslandes* erlauben darf. Durch die *passive Politik der andern Staaten* ist die *Stellung Deutschlands gestärkt* worden.

Ob heute der Völkerbund bei Behandlung der französischen Protestnote eine fruchtlose Debatte führt oder ob einzelne Staaten endlich zu Maßnahmen übergehen, wird die Zukunft zeigen. Auf alle Fälle

liegt das Schwergewicht nicht im Völkerbund, sondern bei der Außenpolitik der einzelnen Staaten selbst.

IV.

Damit kommen wir zu der *Stellungnahme der sozialdemokratischen Parteien* in den einzelnen Ländern hinsichtlich des deutschen Problems. Wir behaupten, daß nur eine entschiedene und absolut eindeutige Politik der Sozialdemokratie Hitler-Deutschland gegenüber, die sich vor allem in der Außenpolitik widerspiegelt, zu einer Rettung Europas führen kann.

Ein Teil der Bourgeoisie verschiedener Länder ist durch wirtschaftliche und kapitalistische Bindungen und Hoffnungen in ihrer Politik gegenüber Deutschland gehemmt. Die sozialdemokratische Politik ist durch antikapitalistische und pazifistische Erwägungen bis jetzt in ihrer Außenpolitik Deutschland gegenüber ebenfalls gehemmt.

Die Sozialdemokratie kann die Politik der herrschenden Klassen, insbesondere deren Außenpolitik, nicht ändern, es sei denn, sie vergrößere ihren Machteinfluß und versuche, in der auswärtigen Politik eine einheitliche Linie gegenüber Hitler-Deutschland und der deutschen Kriegsgefahr zu gewinnen.

Das große Problem, das sich bei dieser Aufgabe stellt, ist die Lösung der Frage, *wie man den Hitler-Faschismus bekämpft und die selbständige Stellungnahme den kapitalistischen Parteien* des eigenen Landes gegenüber weiterführt.

Bis jetzt lehnte die Sozialdemokratie ideell den Hitler-Faschismus ab. Sie zeigte die furchtbaren Geschehnisse in Deutschland auf. Sie verteidigte die Interessen der deutschen Opfer. Sie wies auch auf die Gefahren des Hitler-Faschismus dem eigenen Lande gegenüber hin, ohne in der Außenpolitik diese Linie weiterzuführen.

Praktisch hat die Sozialdemokratie einzelner Länder der Politik Hitler-Deutschlands eher Vorschub geleistet. Wir haben schon auf die Haltung der englischen Labourpartei anlässlich der Herausgabe des englischen Weißbuches verwiesen. Ohne die scharfe Kritik der englischen Arbeiterpartei der eigenen Regierung gegenüber wäre sehr wahrscheinlich die Politik der englischen Regierung in diesem Falle fester geblieben. Die Arbeiterpartei Englands will mit dieser Politik Wahlerfolge bei den nächsten Neuwahlen erzielen. Die englische Regierung getraut sich nicht, energischer vorzugehen, weil sie sonst Wahlniederlagen befürchtet. Diese Rücksichtnahme auf Wahlerfolge in einem Moment, wo es *um das Schicksal Europas* geht, ist außerordentlich bedenklich. Eine solche Stellungnahme kann unter Umständen für den Sieg Hitlers über Europa entscheidend sein, kann im Endeffekt die Zerschlagung der europäischen Kultur und der europäischen Arbeiterbewegung und selbstverständlich auch die entscheidende Niederlage Englands und damit der englischen Arbeiterklasse bedeuten. Durch eine solche Politik dient man also *ungewollt* Hitler-Deutschland und dem deutschen Faschismus.

Die Sozialdemokratie muß sich volle Klarheit über ihr Vorgehen

in der Zukunft verschaffen. Die Fragen, die zu lösen sind, sind *taktische Fragen*. Entscheidend bei dieser Taktik ist, ob man die Kriegsgefahr und den Machtwillen Hitler-Deutschlands bei den Beschlüssen vernachlässigt und einfach eine interne sozialdemokratische Politik betreibt, alle außenpolitischen Fragen von internen Wahlerfolgsausichten aus beurteilt oder ob man die Gefahr Hitler-Deutschlands für Europa und die europäische Arbeiterklasse richtig einschätzt und *dementsprechend* handelt. Tut man das erstere, dann dient man den Zielen Hitlers, dann ist man blind gegenüber dem, was nachher kommen wird. Man verfolgt eine Taktik, die vom schlimmsten Opportunismus diktiert ist. Zu diesem Urteil muß man kommen, wenn man das Schicksal Europas und auch das Schicksal der eigenen Arbeiterklasse betrachtet.

Man darf also diesen Weg *nicht* gehen, sondern man muß *in allen außenpolitischen Fragen die deutsche Kriegsgefahr in Rechnung stellen* und dementsprechend handeln.

Die Arbeiterklasse Europas ist *in den faschistischen Ländern* ohnmächtig. Sie kann sich zur Zeit aus eigener Kraft weder in Italien noch in Deutschland noch in andern faschistischen Staaten erheben. Insbesondere ist nicht damit zu rechnen, daß in nächster Zeit in Hitler-Deutschland die Arbeiterklasse den Faschismus stürze. Viel wahrscheinlicher ist, daß die faschistische Führung je länger, je mehr mit den alten reaktionären Kräften Deutschlands, die außenpolitisch ebenfalls die Eroberung Europas anstreben, in Einklang gebracht wird. In keinem Lande außerhalb Deutschlands kann man also die deutsche Kriegsgefahr einfach damit erledigen, daß man erklärt, der Sturz des deutschen Faschismus und die Beseitigung der Gefahr, die dem europäischen Frieden und der europäischen Arbeiterklasse von seiten Hitlers droht, ist eine Angelegenheit des deutschen Proletariats. Eine solche Argumentation ist vollständig *illusionär* und nur geeignet, eine klare Politik zu verhindern.

Sowjetrußland befindet sich in Verteidigungsstellung. Es ist im Osten bedroht vom japanischen Imperialismus, im Westen von Hitler-Deutschland. Das *große Ziel des deutschen Faschismus* ist die Niederschlagung Sowjetrußlands, die Einverleibung der Ostseeprovinzen in das deutsche Staatsgebiet. Den Polen scheint man an diesem Raubzug ebenfalls einen Teil der Beute zugesichert zu haben, nämlich die Ukraine. Selbstverständlich würde Deutschland, wenn es im Osten siegreich wäre, nachher seine ganze Macht gegen Frankreich werfen. Sowjetrußland hat die Gefahr, in der es schwebt, erkannt. Deshalb ist es in den Völkerbund eingetreten. Deshalb seine Anstrengungen, ein militärisches Defensivbündnis mit dem großkapitalistischen Frankreich abzuschließen. Sowjetrußland wird versuchen, dieses Bündnis auf die Kleine Entente auszudehnen und seine freundschaftlichen Beziehungen mit Mussolini-Italien weiterzuführen. Sowjetrußland hat sein *Militärbudget* gewaltig gesteigert. Statt der im Jahre 1934 budgetierten 1667 Millionen Rubel gab es 5000 Millionen Rubel für die Landesverteidigung aus. Für das Jahr 1935 sind 6500 Millionen Rubel für die Landesverteidigung budgetiert. Sowjetrußland wünscht die *Erhal-*

tung des Friedens, um seinen Aufbau weiterzuführen. Aus eigenen Kräften aber würde es den Ansturm von Osten und Westen nicht aufhalten können. Deshalb ist sein Versuch, sich mit Frankreich und der Kleinen Entente in ein Militärbündnis einzulassen, richtig.

Die westeuropäische Arbeiterklasse verfügt weder politisch noch wirtschaftlich über so starke Kräfte, um sofort die ganze Staatsmacht an sich zu reißen. In dieser Situation muß sie sich über die Außenpolitik entscheiden. Sie kann sich auf den Boden stellen, daß die Außenpolitik von der Arbeiterschaft restlos *vernachlässigt* werden kann, solange sie nicht die Macht im Staate besitzt und daß sie in dieser Zeit den Kampf nur intern gegen die herrschende Politik führt. In allen *praktischen Fällen*, wo sich die herrschende Außenpolitik mit Hitler-Deutschland auseinanderzusetzen hat, wird diese *Haltung Hitler nützen*. In Deutschland hat man den Satz geprägt: »Was Deutschland nützt, ist Recht.« Deshalb wird Hitler die *vollständige Vernachlässigung* der Außenpolitik und die *intransigente* Bekämpfung der gegen Deutschland gerichteten Politik der herrschenden Klasse durch die Sozialdemokratie begrüßen. Das zeigt, wie gefährlich eine solche politische Haltung der Sozialdemokratie ist und wie *kurzsichtig* in diesen Fällen gehandelt wird.

Der zweite Weg besteht für die Sozialdemokratie darin, daß sie versucht, in der Außenpolitik eine absolut selbständige Haltung einzunehmen und sich außenpolitisch möglichst aktiv zu zeigen. In den Fällen, wo es gegen Hitler-Deutschland geht, wird sich die Sozialdemokratie durch den *einen* Gedanken leiten lassen müssen, alle Kräfte gegen Hitler-Deutschland im eigenen Lande zu stärken und jene *Machtmittel* zu fördern, die dazu bestimmt sind, auch von Staats wegen den Kampf gegen Hitler-Deutschland zu führen. Denn Deutschland ist für das zivilisierte Europa *die Gefahr*. *Durch Hitler-Deutschland wird das Weiterbestehen der europäischen Arbeiterklasse als sozialistisch orientierte Gesellschaftsschicht gefährdet*. Durch Hitler-Deutschland wird der europäische Friede unterhöhlt und der Untergang der Stellung Europas in der heutigen Welt vorbereitet. Eine selbständige sozialdemokratische Außenpolitik, welche alle Fragen im Sinne des Sozialismus löst, setzt einen *entscheidenden* Einfluß der Sozialdemokratie auf den Staat voraus.

Diese Macht besitzt die Sozialdemokratie in den meisten Ländern nicht. Sie muß sie erst *erobern*. Deshalb ist sie genötigt, zu den außenpolitischen Maßnahmen der herrschenden Parteien Stellung zu beziehen. Wenn diese Maßnahmen eine *Schwächung des Hitler-Faschismus* in Europa zum Ziele haben und damit die außenpolitische Stellung Hitlers schwächen *helfen*, dann muß sie diese Maßnahmen unterstützen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, muß die Sozialdemokratie die *Bündnispolitik*, die Frankreich und Sowjetrußland zur Zeit anstreben, stützen, weil zur Zeit diese Politik allein eine gewisse Sicherung des Friedens und ein Zurückdrängen des deutsch-faschistischen Einflusses ermöglicht.

Es mag für viele unangenehm sein, die bestehende bürgerliche Po-

litik im Kampf gegen Hitler-Deutschland unterstützen zu müssen, statt eine absolut selbständige sozialdemokratische Politik betreiben zu können. Solange aber die Sozialdemokratie die Macht nicht allein besitzt, wird sie diesen Weg trotzdem beschreiten *müssen*. Zudem ist diese Stellungnahme marxistisch. Marx und Engels haben je und je zu den bestehenden kriegerischen und politischen Auseinandersetzungen zwischen bürgerlich-kapitalistischen Staaten Stellung genommen. Sie haben immer ihre Stellungnahme bezogen, gestützt auf die Ueberlegung, wessen Sieg der Arbeiterklasse, dem Fortschritt und damit dem Sozialismus mehr nütze. Sie haben nie eine Politik gemacht, die losgelöst war von der Beurteilung der *realen Machtverhältnisse*. Wenn man bedenkt, daß selbst im Kommunistischen Manifest von 1847 unter anderm gesagt wird: »In der Schweiz unterstützen die Kommunisten die Radikalen, ohne zu verkennen, daß diese Partei aus widersprechenden Elementen besteht, teils aus demokratischen Sozialisten, im französischen Sinne, teils aus radikalen Bourgeois«, dann erkennt man, wie sehr Marx und Engels mit den *realen* Tatsachen rechneten. Dabei waren die Radikalen der Schweiz von damals die Freisinnigen, die in erster Linie um ihre Herrschaft kämpften. Marx und Engels wollten der Entwicklung den Weg bereiten, indem sie jenen, welche für die Zukunft eine *bessere Position* für den Fortschritt schufen, die Mithilfe des Proletariats, soweit es bereits sozialistisch dachte, angedeihen lassen wollten.

Ganz ähnlich ist es heute. Hitler-Deutschland ist der Feind der Arbeiterklasse, der Freiheit und der Zivilisation Europas. Infolgedessen muß man alles tun, um Europa vor dem Hitler-Faschismus zu bewahren. Wenn der deutsche Faschismus fällt und Hitler-Deutschland seiner Macht in Europa entkleidet wird, dann wird der *Weg für den Fortschritt und den Aufstieg wieder frei*. Wer behauptet, man müsse den Faschismus als eine unabänderliche Tatsache hinnehmen, um dann nachher von innen heraus den Faschismus zu unterhöhlen, hat von der deutschen Entwicklung nichts gelernt. In Deutschland wurde behauptet, der Sieg Hitlers sei nur eine Vorstufe für den Sieg des Bolschewismus und damit der endgültigen Etablierung eines sozialistischen Regimes. Was aus dieser These geworden ist, das sehen sehr wahrscheinlich nicht nur die deutschen Kommunisten heute, sondern mit noch viel größerer Deutlichkeit die russischen kommunistischen Machthaber.

Deshalb gibt es in der Außenpolitik der Sozialdemokratie *keine Tolerierung des deutschen Faschismus*. Die Tolerierungspolitik der deutschen Sozialdemokratie hat zum Untergang der deutschen Arbeiterbewegung geführt. *Die Tolerierungspolitik der westeuropäischen Staaten und auch Rußlands Hitler-Deutschland gegenüber hat mit dazu beigetragen, daß der deutsche Faschismus aufsteigen konnte und daß er heute zu einer wirklichen Kriegsgefahr für Europa geworden ist.* Die sozialdemokratischen Parteien der nichtfaschistischen Länder haben in ihrer Außenpolitik die Gefahr des deutschen Faschismus in den meisten praktischen Fällen vernachlässigt. Sie haben damit in wichtigsten Fällen ihre ganze Kampfkraft ausgeschaltet, die so un-

endlich bedeutsam ist für die Niederringung der faschistischen Kriegsgefahr.

Die Arbeiterklasse muß aber, soweit es an ihr liegt, alles tun, um *nicht mitschuldig* zu werden an der Eroberung Europas durch den deutschen Faschismus, an der Zerstörung der jetzigen Kultur und Wirtschaft durch Hitler-Deutschland. Daß dies eine Katastrophe für Europa und insbesondere für die europäische Arbeiterklasse wäre, brauchen wir nicht mehr weiter auszuführen. Es gilt, die Zeit, die der Arbeiterklasse Europas noch bleibt, zu nützen. Sie muß aus alten, ausgefahrenen Geleisen heraus. Sie muß die *praktischen Machtverhältnisse gründlich studieren*, und sie muß außenpolitisch alle ihre Kräfte *dort* einsetzen, wo Möglichkeiten bestehen, den Kampf gegen Hitler-Deutschland zu führen und Hitler-Deutschland als Kriegsfaktor in Europa unschädlich zu machen.

(Geschrieben am 22. März 1935.)

*

Nachtrag. Der vorstehende Artikel war für die April-Nummer der »Roten Revue« bestimmt. Seit er geschrieben wurde, hat sich einiges ereignet. Die englischen Minister Sir John Simon und Anthony Eden führten am 24. bis 26. März ihren Berliner Besuch durch. Sie hörten stundenlange Reden von Hitler und lernten seine Forderungen teilweise kennen. Nachher reiste Eden nach Moskau. In Stresa fand daraufhin am 11. bis 14. April die Konferenz der Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens statt. Die deutsche Aufrüstung wurde verurteilt und die Solidarität der drei Weststaaten betont. An die Konferenz von Stresa schloß sich die Tagung des Völkerbundsrates in Genf an, welcher die deutsche Aufrüstung und den Bruch des Versailler Vertrages mißbilligte. Hitler hat darauf mit einer Note an die im Rate vertretenen Völkerbundsstaaten geantwortet.

Diese an und für sich *wichtigen* Ereignisse ändern an den obigen Ausführungen nichts. Trotzdem die Außenpolitik verschiedener Staaten in der Richtung der Isolierung Deutschlands geht, ist zweifellos Hitler mit den Ergebnissen der verschiedenen Konferenzen nicht stark unzufrieden. Es sind keine entscheidenden Handlungen gegenüber dem deutschen Faschismus erfolgt. So wichtig die moralische Verurteilung des deutschen Aufrüstungsbeschlusses vom 16. März 1935 ist, so wird doch an der Tatsache, daß der deutsche Faschismus nun *aufrüstet* und daß er keine gegen ihn gerichteten Handlungen der übrigen Staaten zu gewärtigen hat, nichts geändert. So erfreulich der Beschluß von Genf als eine *Aeüßerung gegen die deutsche Kriegsgefahr* war, so braucht es doch weit mehr, um den Willen der deutschen Faschisten zu brechen.

Damit Europa den deutschen Faschismus und die durch ihn verkörperte Kriegsgefahr bannt, braucht es zweifellos auch die klare Einsicht und den klaren Willen der Sozialdemokratie, in der Außenpolitik aktiv gegen Hitler-Deutschland zu wirken.

23. April 1935.